

15. September 2022

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhuan Liu, Katharina Schmidt, Pascal Schrader, Thomas Simon & Samhitha Srinivas
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency

www.accounting-for-transparency.de

www.gbpanel.org

Obwohl sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – insbesondere die erwarteten Gewinne und Umsätze – im August etwas erholen, ist der wirtschaftliche Ausblick weiterhin getrübt: Die erwarteten Unternehmensausfälle steigen auf zuletzt 14,3 %. Besonders negativ ist die Stimmung in den energieintensiven Industrien (z. B. Maschinenbau) und den Corona-Krisenbranchen (z. B. Gastgewerbe). Hier schlagen sich die finanziellen Belastungen im Zuge des Russland-Ukraine-Kriegs und insbesondere die gestiegenen Energiekosten nieder. Da die negative Entwicklung die Unternehmensziele sowie das Überleben gefährdet, greifen Unternehmen zunehmend zu bilanzpolitischen Maßnahmen. Die Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen vermehrt dazu neigen, überhöhte Gewinne auszuweisen. Finanzielle Unternehmenskennzahlen sind entsprechend vorsichtig zu interpretieren.

Das Risiko für Unternehmensaufgaben erreicht Jahreshöchstwert

Nach dem starken Einbruch der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine zeigen die Daten des GBP einen Anstieg der erwarteten Umsätze, Gewinne und Investitionen im August (siehe **Trends** auf Seite 4). Trotz dieser kurzfristigen Erholung der Ertragslage trübt sich der wirtschaftliche Ausblick bei Unternehmen in Deutschland weiter ein: Wie **Abbildung 1** verdeutlicht, steigen die erwarteten Unternehmensausfälle im Mittel auf zuletzt 14,3 % (vs. 11,6 % im April). Die Ausfallerwartung liegt damit nach einem kontinuierlichen Anstieg im zweiten und dritten Quartal auf einem Jahreshöchststand.

Die Zunahme des Ausfallrisikos für Unternehmen ist in den energieintensiven Industrien, darunter Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Handels, besonders ausgeprägt. Obwohl die Erwartungen in diesen Wirtschaftszweigen vor Kriegsbeginn sogar positiver als im Gesamtdurchschnitt ausfielen, leiden Unternehmen mit hohem Ressourcenbedarf nun besonders unter den stark steigenden Energiepreisen. Dies schlägt sich in einer erwarteten Ausfallrate von zuletzt 16 % nieder.

Gleichzeitig trübt sich der Ausblick bei Unternehmen der Corona-Krisenbranchen, darunter die Gastronomie und das Gastgewerbe, erneut ein: Nach einer zwischenzeitlichen Erholung infolge des Auslaufens der Corona-Maßnahmen steigt die Ausfallwahrscheinlichkeit in diesen Branchen auf 18,2 %.

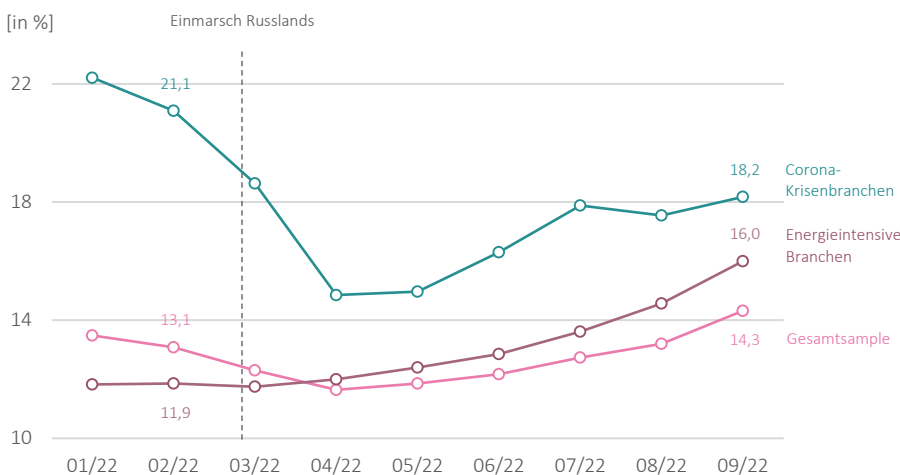


Abbildung 1

Entwicklung der Ausfallwahrscheinlichkeit seit Jahresbeginn

Die Darstellung verdeutlicht einen Anstieg der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine. Dieser Anstieg ist in den energieintensiven Industrien (Verarbeitendes Gewerbe und Handel) und den Corona-Krisenbranchen (Gastronomie und Gastgewerbe) durch den anhaltenden Kostendruck besonders ausgeprägt. Die Werte vom September 2022 beziehen sich auf die neuesten Daten bis zum 06.09.2022.

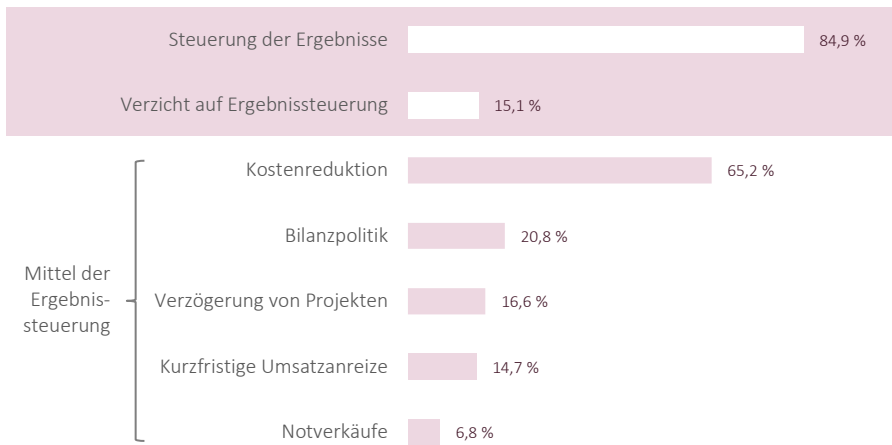


Abbildung 2

Knapp 85 % der Unternehmen steuern ihre Ergebnisse aktiv

Der obere Teil der Abbildung zeigt, dass **knapp 85 %** der Unternehmen ihre Ergebnisse steuern würden, um ein gewünschtes Ergebnisziel zu erreichen. Der untere Teil stellt dar, welche Mittel zur Ergebnissteuerung verwendet werden, wenn diese nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird. Während Unternehmen zur betrieblichen Zielerreichung vor allem Kosten senken, werden nur selten Notverkäufe von Anlagevermögen getätigt.

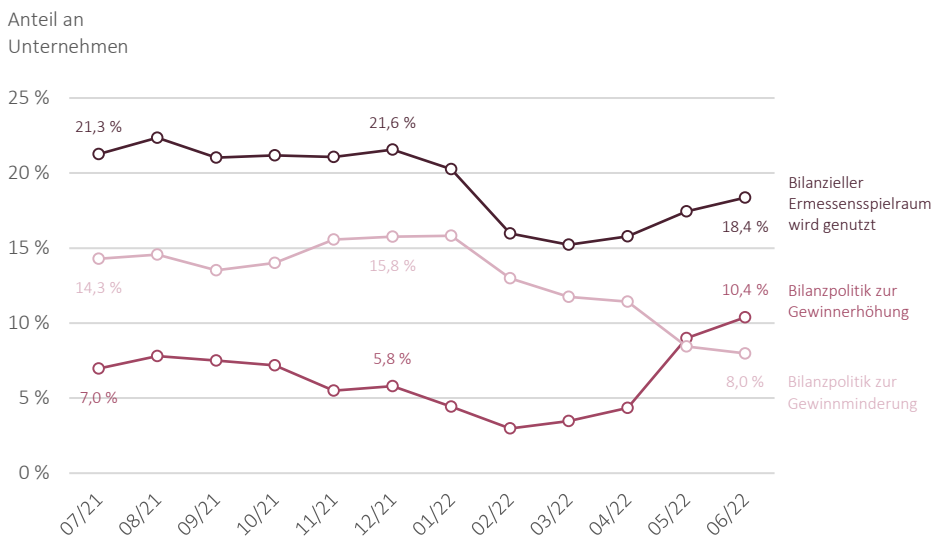


Abbildung 3

Wann wird bilanzieller Ermessensspielraum genutzt?

Die Darstellung zeigt im Zeitverlauf, welcher Anteil an Unternehmen bilanzielle Wahlrechte zur Gewinnsteuerung ausgeübt hat. Zusätzlich schlüsselt die Abbildung auf, ob diese Maßnahmen eine gewinnerhöhende oder gewinnmindernde Wirkung hatten. Während bis zum April demnach besonders gewinnreduzierende Wahlrechte (z. B. zur Steueroptimierung) in Anspruch genommen wurden, hat der Anteil an Unternehmen, die Bilanzpolitik zur Steigerung des Gewinns betreiben, zuletzt deutlich zugenommen.

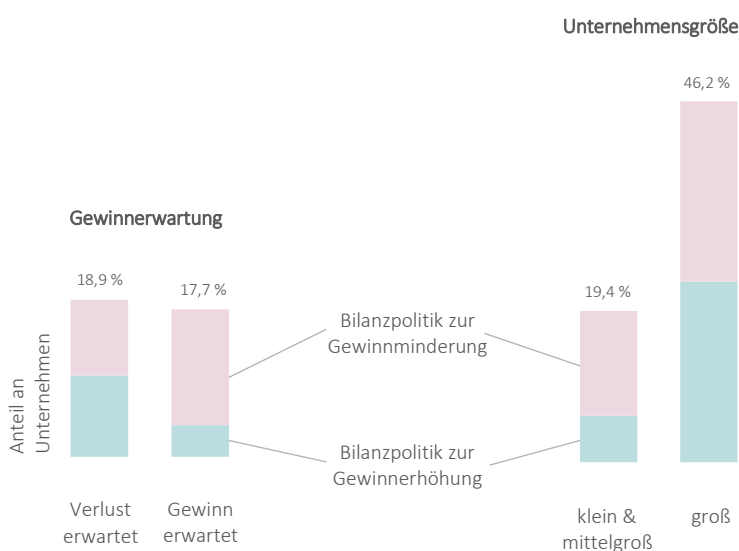


Abbildung 4

Einflussfaktoren der Bilanzpolitik

Die Abbildung zeigt den Anteil an Unternehmen, die bilanzielle Wahlrechte zur Ergebnissteuerung einsetzen – abhängig von ihrer Größe und davon, ob sie im aktuellen Geschäftsjahr einen Gewinn oder Verlust erwarten. Die Farbe des Balkens zeigt dabei die Richtung der Ergebnissteuerung an (rot: gewinnmindernd – grün: gewinnerhöhend). Die Daten zeigen, dass große Unternehmen (ab 250 Mitarbeitern) häufiger Bilanzpolitik betreiben als kleine und mittlere Unternehmen. Wenn Unternehmen Gewinne erwarten, greifen sie zudem seltener auf Maßnahmen zurück, die den Gewinn weiter erhöhen, als im Verlustfall.

Unsicherheit über Erreichung der Ziele
[0 = sehr unsicher – 10 = sehr sicher]

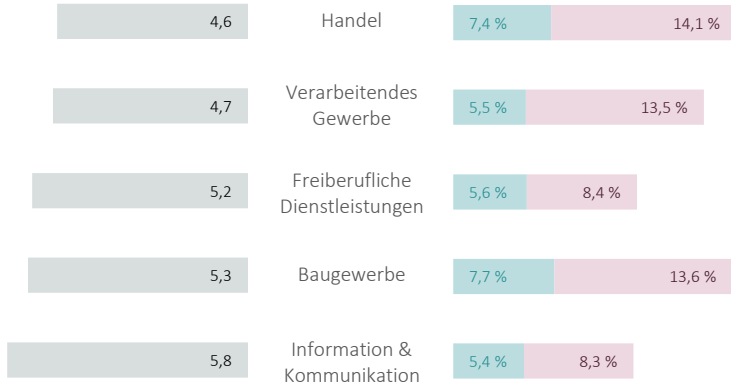


Abbildung 5

Bilanzpolitik auf Industriebene

Die Darstellung schlüsselt auf, welcher Anteil an Unternehmen innerhalb eines Wirtschaftszweigs Ermessensspielräume zur Ergebnissteuerung nutzt. Der Anteil, der Wahlrechte zur Gewinnminderung ausübt, ist rot dargestellt, während der Anteil an Unternehmen, der gewinnerhöhende Maßnahmen einsetzt, grün hinterlegt ist. Diesen Werten ist in grau gegenübergestellt, wie sicher Unternehmen einer Branche durchschnittlich sind, ihre Ziele zu erreichen.

Lediglich 15 % der Unternehmen verzichten auf eine Steuerung ihrer Ergebnisse

Das GBP beschäftigt sich im September mit der Frage, inwiefern Unternehmen in Deutschland Wahlrechte zur Ergebnissteuerung einsetzen und wie sich das Ausmaß solcher Bilanzpolitik im Zeitverlauf – auch unter dem Einfluss des Russland-Ukraine-Kriegs – entwickelt hat. Zur Steuerung der Ergebnisse können etwa realwirtschaftliche Handlungen ergriffen werden, wenn z. B. Notverkäufe getätigt oder kurzfristige Rabatte zur Steigerung des Umsatzes gewährt werden, oder bilanzielle (und legale) Ermessensspielräume ausgenutzt werden, z. B. bei der Schätzung von Rückstellungen.

Abbildung 2 stellt den Anteil an Unternehmen dar, die Maßnahmen zur Ergebnissteuerung ergreifen, wenn sie gegen Ende des Geschäftsjahres unter dem gewünschten Ergebnisziel liegen. Die Analyse zeigt, dass nur etwa 15 % der Unternehmen in einem solchen Fall grundsätzlich auf die Steuerung ihrer Ergebnisse verzichten. Unternehmen, die eine Ergebnissteuerung nicht kategorisch ausschließen, greifen vor allem auf kurzfristige Kostensenkungen zurück (65 %). Darauf folgen mit einigem Abstand bilanzielle Ermessensspielräume, die nur noch 21 % der Unternehmen nutzen. Auf Notverkäufe greifen Unternehmen am seltensten zurück, um ein Ergebnisziel zu erfüllen: Dieses substanzgefährdende „letzte Mittel“ wird lediglich von 7 % der befragten Unternehmen eingesetzt.

Anteil gewinnerhöhender Bilanzpolitik hat zuletzt deutlich zugenommen

Abbildung 3 beleuchtet im Speziellen die Ausübung von bilanziellen Wahlrechten. Die Darstellung zeigt im Zeitverlauf, welcher Anteil deutscher Unternehmen solche Ermessensspielräume genutzt hat und ob diese einen gewinnmindernden oder gewinnerhöhenden Effekt hatten. Bei Betrachtung der Daten im Jahresvergleich zeigt sich, dass der Anteil an Unternehmen, die Bilanzpolitik betreiben, vergleichsweise beständig ist: Im Juli 2022 geben 18,4 % der Unternehmen an, bilanzielle Ermessensspielräume zu nutzen (vs. 21,3 % im August des vergangenen Jahres).

Allerdings hat sich die Richtung der Bilanzpolitik zuletzt signifikant verändert. Während Unternehmen bis April 2022 vor allem bilanzielle Maßnahmen zur Minderung ihres Gewinns ergriffen haben, ist in der Folge der Anteil an Betrieben, die Wahlrechte zur Steigerung ihres Geschäftsjahresgewinns nutzen, deutlich gestiegen. Zuletzt geben insgesamt 10,4 % der Unternehmen an, Bilanzpolitik zur Gewinnsteigerung zu betreiben (vs. 5,8 % Ende 2021). Dieses Muster könnte eine Veränderung der Anreizstruktur widerspiegeln: Der bis April 2022 hohe Anteil gewinnmindernder Unternehmen wird bilanzielle Wahlrechte genutzt haben, um insbesondere Steuerlasten zu reduzieren. Demgegenüber sind durch die Verschärfung der konjunkturellen Lage im Zuge der neuerlichen Energie- und Rohstoffkrise Motive zur Gewinnerhöhung in den Vordergrund gerückt, z. B. wenn Unternehmen den Bruch von Kreditvereinbarungen bei einer Verschlechterung der betrieblichen Situation verhindern wollen.

Große Unternehmen betreiben doppelt so häufig Bilanzpolitik wie kleinere Unternehmen

Der Befund, dass große Unternehmen doppelt so oft Bilanzpolitik betreiben wie kleine und mittlere, deckt sich auch mit den Ergebnissen aus Abbildung 4. Diese zeigt das Ausmaß von Bilanzpolitik abhängig von der Unternehmensgröße. Es wird deutlich, dass große Unternehmen doppelt so häufig bilanzielle Ermessensspielräume zur Ergebnissicherung nutzen wie kleine und mittlere Unternehmen, bei denen das steuerliche Motiv zur Gewinnminderung weiter überwiegt.

Dies tun große Unternehmen auch relativ häufiger zur Gewinnsteigerung (50 % vs. 31 % bei kleinen Unternehmen). Diese Ergebnisse könnten wiederum durch divergierende Anreize getrieben sein. Während Stakeholder wie Investoren und Finanzanalysten von 54,6 % der großen Unternehmen als relevante Adressaten der externen Berichterstattung betrachtet werden, gilt dies nur für 45,3 % der kleinen und mittleren Betriebe. Zur Gewinnung von Kapital könnten bei großen Unternehmen demnach besondere Anreize bestehen, bilanzpolitische Maßnahmen zur Gewinnsteigerung zu ergreifen.

Zusätzlich verfügen diese eher über die notwendigen Ressourcen zur Evaluation der relevanten Ermessensspielräume.

Abbildung 4 zeigt darüber hinaus, dass Unternehmen häufiger gewinnerhöhende Maßnahmen ergreifen, wenn sie im aktuellen Geschäftsjahr einen Verlust erwarten: Von den 18,9 % der Unternehmen, die im Verlustfall bilanzielle Wahlrechte in Anspruch nehmen, nehmen 52 % diesen Ermessensspielraum zur Steigerung ihrer Gewinne wahr (vs. 21 % bei erwarteten Gewinnen). Steigt wie infolge des Russland-Ukraine-Kriegs nun signifikant der Anteil an Unternehmen, die Verluste erwarten, erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit der Anwendung von Bilanzpolitik zur Gewinnerhöhung.

Je unsicherer die Jahresumsätze, desto eher wird Bilanzpolitik betrieben

Abbildung 5 schlüsselt auf, welcher Anteil an Unternehmen eines Wirtschaftszweigs auf bilanzpolitische Maßnahmen zurückgreift und stellt dies dem durchschnittlichen Niveau an Umsatzunsicherheit in der Branche gegenüber. Grundsätzlich zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Umsatzunsicherheit und Bilanzpolitik: Je höher die Umsatzunsicherheit in einer Branche, desto eher nutzen Manager bilanzielle Ermessensspielräume.

In der Branche der Information und Kommunikation, in der das niedrigste Level an Unsicherheit herrscht, werden demnach am seltensten Wahlrechte zur Ergebnissteuerung wahrgenommen (13,7 %). Demgegenüber ist die Neigung zur Anwendung von Bilanzpolitik im Handel (21,5 %) und im Baugewerbe (21,3 %) besonders ausgeprägt.

„Als Großhandel für Hallen- und Saalbestuhlung leiden wir unter massiven Investitionszurückhaltungen, sowohl Corona- als auch kriegsbedingt. Jenen Branchen, die wir beliefern, fehlen positive Zukunftsaussichten. Das schürt Ängste.“

Großhändler mit Jahresumsatz von 1 Mio. €

„Keine strategische Planbarkeit mehr möglich, explodierende Energiekosten, unberechenbare Politik.“

Wirtschaftsverband mit Jahresumsatz von 750 Tsd. €

Unternehmenstrends im September



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen haben sich im August signifikant erhöht: Im Vergleich zum Vormonat steigt die Gewinnveränderungsrate im August um **6,49 Prozentpunkte**. Sie liegt damit nicht mehr im negativen Bereich und erholt sich vom vorigen Jahrestiefststand.

Trotz dieser Erholung der betriebswirtschaftlichen Indikatoren bleibt die unternehmerische Lage angespannt: Das Risiko für Unternehmensaufgaben erhöht sich im August um **1,53 Prozentpunkte**. Wie in Abbildung 1 dargestellt wächst die Ausfallwahrscheinlichkeit insbesondere für energieintensive Industrien und die Corona-Krisenbranchen (darunter Gastronomie und Gastgewerbe).

Inmitten der Energie- und Rohstoffkrise sinkt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik um **0,73 Punkte** und erreicht einen Aufzeichnungstiefststand.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft